

Fokus Geschichts- unterricht

Neue Erkenntnisse zum zeitgeschichtlichen Wissen an den Schulen

Zeitgeschichtliches Wissen ist wichtig. Wir sollten in der Lage sein, die Leistungen von Persönlichkeiten in der Politik richtig einzuschätzen, Deutschlands wirtschaftliche Stärke zu beurteilen, die Verführungskräfte von Populisten zu entlarven und Demokratien von Diktaturen zu unterscheiden.

Zeitgeschichtliches Wissen ist wichtig, um sich in der heutigen Gesellschaft zu orientieren und um ihre künftige Entwicklung mitzugestalten. Es ist wichtig, um die freiheitsgewährende Demokratie und unseren freiheitlichen Lebensstil zu sichern und zu erhalten. Ohne zeitgeschichtliches Wissen ist gesellschaftliche,

politische und kulturelle Teilhabe nicht möglich. Unsere Selbstwahrnehmung als aufgeklärte, wohlinformierte und verantwortlich handelnde Mitglieder der Gesellschaft ist eine Selbsttäuschung, wenn wir nichts über unsere jüngste Vergangenheit wissen.

Ist damit alles gesagt? Nein! Zwischen unserem Anspruch und der Bildungswirklichkeit, zwischen der grundsätzlichen Wertschätzung zeitgeschichtlichen Wissens und den tatsächlichen Kompetenzen, klafft eine beunruhigend große Lücke. Besonders junge Menschen wissen oft wenig über Politik, Gesellschaft und historische Entwicklungslinien. Sachverhalte vor

ihrem geschichtlichen Hintergrund zu erfassen, fällt ihnen schwer. Entsprechend groß ist die Gefahr, Populisten und Extremisten auf den Leim zu gehen. Der wehrhaften Demokratie droht, ihre kompetenten und engagierten Verteidiger zu verlieren.

Zeitgeschichtliche Bildung ist Aufgabe in Schulen und Elternhäusern. Die politische Bildung und alle Institutionen der Gesellschaft müssen sie sich auf die Fahnen schreiben. Sonst verkürzt sich der in Mode gekommene Begriff der „Wissensgesellschaft“ auf Fertigkeiten, die der

„Arbeitsmarktfähigkeit“ dienen. Sie sind wichtig, unbestritten. Es braucht aber auch ein Wissen, das zur „Demokratiefähigkeit“ beiträgt. Daher hat die Konrad-Adenauer-Stiftung drei Studien beauftragt, die ihren Fokus auf das zeitgeschichtliche Wissen richten. Ihre Ergebnisse werden im Folgenden kurz zusammengefasst.

Norbert Arnold

Geboren 1958 in Ellar, Leiter Team Bildungs- und Wissenschaftspolitik, Hauptabteilung Politik und Beratung, Konrad-Adenauer-Stiftung.

KRITISCHES GESCHICHTSBEWUSSTSEIN GEGEN POPULISMUS

Populismus zeichnet sich durch einen paradoxen Umgang mit der Wirklichkeit aus: Die liberalen Medien der Produktion von *fake news* zu bezichtigen und sich zugleich auf „alternative Fakten“ zu beziehen, ist eine Machttechnik, die das methodische Selbstverständnis der Geschichtswissenschaft herausfordert. Anders als die Literatur- und Kunstwissenschaften, die vorwiegend fiktionale Texte und Artefakte erforschen, geht die Geschichtswissenschaft im Kern der Frage nach, „wie es eigentlich gewesen“ ist (Leopold von Ranke). Das Ethos, Wirklichkeit genau zu rekonstruieren, und das Wissen um die immer nur annäherungsweise Möglichkeit, dies zu tun, gehören zum Kern des

Selbstverständnisses der Geschichtswissenschaft. Damit vermittelt Geschichtswissenschaft eine Disposition, die für die Demokratie gerade in Zeiten des Populismus wichtig ist.

Die besondere Aktualität, die die Geschichtswissenschaft im Zeichen der Herausforderung durch populistische Bewegungen erlangt hat, hängt mit ihrer Fähigkeit zusammen, Wirklichkeit in ihrer ganzen Komplexität zu vermitteln. Dazu gehört das Verständnis der Differenz zwischen der Idee der Volksherrschaft und dem Postulat ihrer Verrechtlichung. Zum Grundverständnis der liberalen Demokratie gehört es, dass nicht jeder Mehrheitsentscheid legitim ist, sondern nur

demokratische Entscheidungen, die mit der Achtung von Menschenrechten vereinbar sind.

Die populistischen Feinde der pluralistischen und freien Gesellschaft wollen ein ruhmreiches und makelloses nationales Geschichtsbild durchsetzen, das frei ist von Ambivalenzen, Brüchen und historischer Schuld. So wenig populistische Ideologen eine komplexe Wirklichkeit zulassen wollen, so sehr forcieren sie ein einfaches mythisches Narrativ der eigenen Volksgeschichte. Dabei steht ein kruder volkspädagogischer Gedanke im Hintergrund: die Vorstellung, dass das eigene Volk durch ein kritisches Geschichtsbewusstsein in der Konkurrenz mit anderen Völkern geschwächt werden könne.

In Deutschland ist es in einer langen Auseinandersetzung mit der Geschichte des Holocausts weitgehend gelungen, eine Erinnerungskultur zu schaffen, die auch Brüche in der eigenen Nationalgeschichte und das Bewusstsein von Schuld umfasst. Das Bewusstsein der gebrochenen Nationalgeschichte wird heute in Deutschland

nicht nur weithin akzeptiert, es gehört auch zum Selbstverständnis der Nation.

Der Kampf zwischen autoritärem Populismus und liberaler Demokratie, der zurzeit in vielen Ländern Europas und weltweit stattfindet, wird um Geschichte und Geschichtsbewusstsein geführt. Kritische Geschichtswissenschaft und ein kritisches Geschichtsbewusstsein müssen die politischen Akteure des Populismus am meisten fürchten: Die im Schulunterricht und an der Universität erworbene Fähigkeit, nach methodischen Regeln Wirklichkeit zu rekonstruieren, ist der beste Schutz gegen die radikalen Vereinfachungen des neuen Populismus.

Martin Schulze Wessel

Geboren 1962 in Münster, Sprecher der Graduiertenschule für Ost- und Südosteuropastudien, Ludwig-Maximilians-Universität München.

Studie des Autors: *Der Angriff des Populismus auf die Geschichte* (www.kas.de/wf/doc/kas_49363-544-1-30.pdf?170629093908)

DIKTATUR ODER DEMOKRATIE? DEFIZITE IM ZEITGESCHICHTLICHEN WISSEN

Mehrere Studien des Forschungsverbunds SED-Staat der Freien Universität Berlin ermittelten in den vergangenen Jahren zeitgeschichtliche Kenntnisse und Urteile von Jugendlichen – mit ebenso ernüchternden wie erschreckenden Ergebnissen.

Die erste quantitative und qualitative Untersuchung befasste sich mit dem Bild der DDR bei Schülern in Ost- und Westdeutschland. Die Schüler wussten nur wenig über das geteilte Deutschland und die DDR. Insbesondere viele ostdeutsche

Jugendliche hatten ein positives Bild von der untergegangenen sozialistischen DDR und lobten mehrheitlich die sozialen Seiten des SED-Staates. Gleichzeitig neigten viele zur Ausblendung diktatorischer und repressiver Aspekte. Etwa ein Drittel der westdeutschen und gut die Hälfte der ostdeutschen Schüler hielten die DDR nicht für eine Diktatur. Westdeutsche Schüler erkannten hingegen mehrheitlich den Diktaturcharakter.

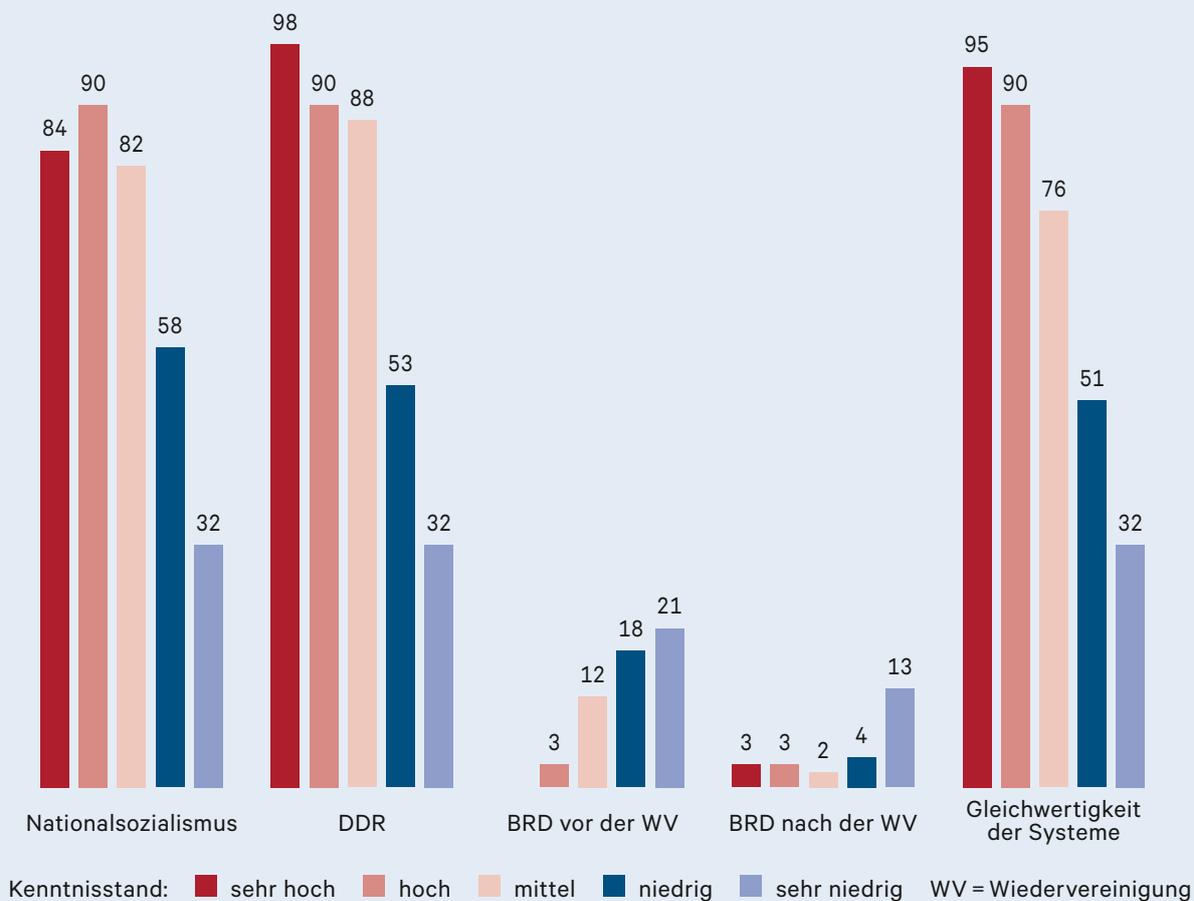
Die Beurteilung der DDR erfolgte weitgehend assoziativ, wobei das Bild ostdeutscher Schüler stärker von Familiengesprächen, das westdeutsche deutlicher vom Schulunterricht beeinflusst war. Das

DDR-Bild der Schüler korrespondierte stark mit ihrem Kenntnisstand: Je mehr sie über den SED-Staat wussten, desto kritischer fiel ihr Urteil aus, unabhängig von Herkunft, Geschlecht, Alter und besuchtem Schultyp.

Eine zweite Studie fragte Kenntnisse und Urteile nicht nur zur DDR, sondern auch zum nationalsozialistischen Deutschland, zur alten Bundesrepublik und zum wiedervereinigten Deutschland ab. Die Jugendlichen hatten zudem die Möglichkeit einer vergleichenden Betrachtung und Einordnung der vier Systeme.

Das zentrale Ergebnis dieser Studie bestätigte den direkten Zusammenhang

Zusammenhang von systembezogenem Wissen und Systembewertungen
(jeweilige Anteile von durchgängig negativen Bewertungen in %)



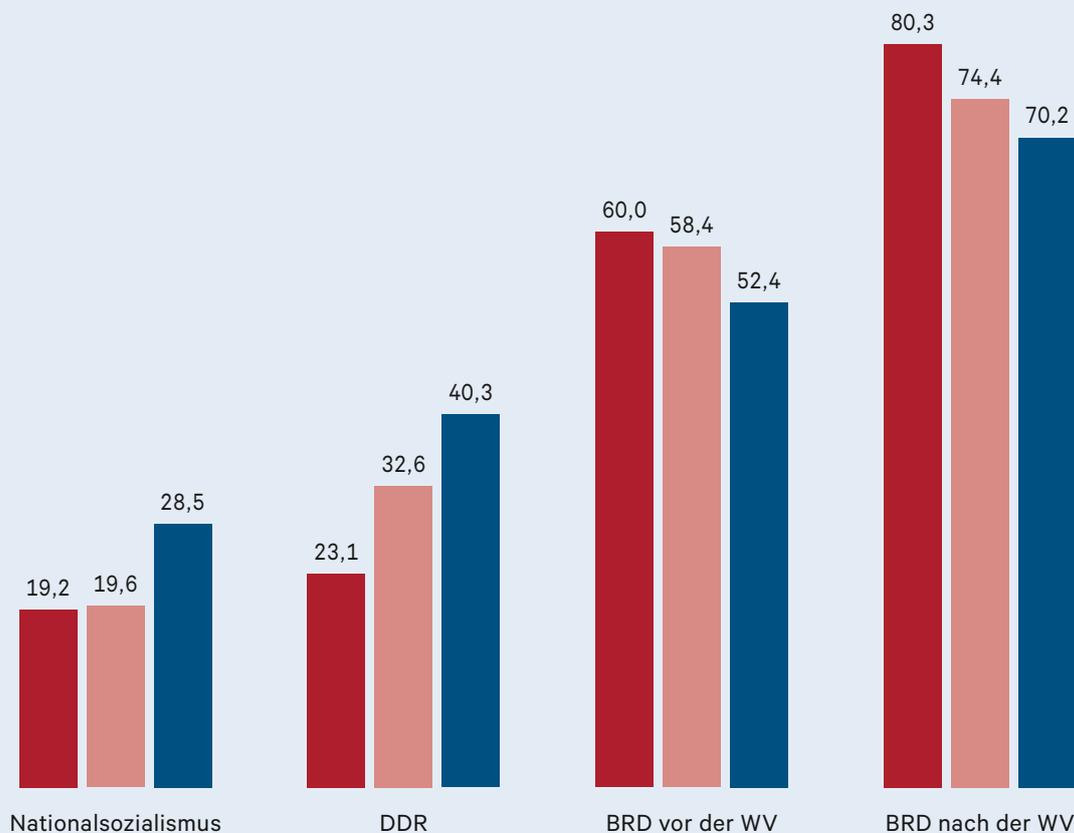
Quelle: Klaus Schroeder / Monika Deutz-Schroeder / Rita Quasten / Dagmar Schulze Heuling: Später Sieg der Diktaturen? Frankfurt a.M. 2012, S. 417.

von historischem Wissen und Systembewertung. Durchgängig zeigte sich ein unmittlbarer Zusammenhang von Kenntnisgrad und Urteilen für alle Fragen zu den vier Systemen sowie zu deren Gleichwertigkeit. Je höher das systemspezifische Wissen ausfiel, desto häufiger stuften die Schüler Nationalsozialismus und DDR als Diktaturen und die Bundesrepublik vor und nach der Wiedervereinigung als Demokratien ein. Wer dagegen nur über geringe Kenntnisse verfügte, kam öfter zu anderen Systembewertungen oder setzte alle vier Systeme auf die gleiche Stufe. Wer nicht wusste, was eine Demokratie auszeichnet oder eine Diktatur charakterisiert,

und über nur geringe historische Kenntnisse verfügte, konnte die vier Systeme nicht einordnen und unterscheiden. Erst sekundär wirkten besuchte Schulart, Geschlecht oder Herkunft der Eltern auf die Urteile der Schüler.

Viele Jugendliche hatten aufgrund mangelnder Kenntnisse Probleme, die Trennlinien zwischen Demokratie und Diktatur zu erkennen. Knapp ein Viertel hielt den Nationalsozialismus durch demokratische Wahlen für legitimiert, und etwa ein Drittel attestierte der DDR eine demokratische Legitimation. Dabei ging knapp ein Drittel mit in der DDR geborenen Eltern, aber nur knapp ein Viertel mit in der

Statement zu jedem System: Alle Regierungen waren/sind durch demokratische Wahlen legitimiert (Anteil der Bewertungen in %)



■ BRD-Eltern ■ DDR-Eltern ■ Migrantenkinder WV = Wiedervereinigung

Quelle: Klaus Schroeder / Monika Deutz-Schroeder: Diktatur oder Demokratie? Defizite in zeitgeschichtlichem Wissen, in: Analysen und Argumente, Nr. 255, Konrad-Adenauer-Stiftung, Juni 2017, S. 9.

Bundesrepublik geborenen Eltern davon aus, dass es im SED-Staat demokratische Wahlen gab. Noch auffälliger waren die Ergebnisse für die Bundesrepublik vor und nach der Wiedervereinigung: Nur gut die Hälfte beziehungsweise lediglich drei Viertel hielten die alte beziehungsweise die neue Bundesrepublik durch demokratische Wahlen für legitimiert.

Um durch Unwissenheit geschuldeten Urteilen entgegenzuwirken, bedarf es in der Gesellschaft eines Bewusstseins für (gemeinsame) Vergangenheiten – negative, aber auch positive –, das Orientierung für Gegenwart und Zukunft geben kann. Ein derartiges Geschichtsbewusstsein muss Teil des Selbstverständnisses des Einzelnen und der Gesamtgesellschaft sein. Es bildet die Grundlage von Werten, Interessen, Erwartungen und Handlungen.

Aus der Geschichte lässt sich lernen. Hierzu sind historische Kenntnisse unverzichtbar. Ohne sie sind Bewertungen des historischen Geschehens lediglich Vor-

urteile, Klischees, Bekenntnis- oder Gesinnungsformeln oder öffnen Legenden Tür und Tor. Erst die Vermittlung grundlegender historischer Kenntnisse und Werte eines freiheitlich-demokratischen Gemeinwesens konstituiert ein Geschichtsbewusstsein, das mehr vermag, als nur Fakten aneinanderzureihen oder die „richtige Gesinnung“ zu vermitteln.

Monika Deutz-Schroeder

Geboren 1953 in Aachen, Mitarbeiterin am Forschungsverbund SED-Staat, Freie Universität Berlin.

Klaus Schroeder

Geboren 1949 in Lübeck-Travemünde, Wissenschaftlicher Leiter des Forschungsverbundes SED-Staat und Professor am Otto-Suhr-Institut, Freie Universität Berlin.

Studie der Autoren: *Diktatur oder Demokratie? Defizite in zeitgeschichtlichem Wissen, Analysen und Argumente, Nr. 255, Konrad-Adenauer-Stiftung, Sankt Augustin / Berlin, Juni 2017 (www.kas.de/wf/doc/kas_49319-544-1-30.pdf?170626112223)*

ZEITGESCHICHTLICHE BILDUNG IN DER SCHULE

In den letzten Jahren hat der Geschichtsunterricht in vielen Bundesländern sowohl an Unterrichtsstunden als auch an Bedeutung verloren. Am stärksten hat sich die Lage in Brandenburg und Nordrhein-Westfalen verschlechtert. In Sachsen wurde ein erkanntes Defizit in der zehnten Klasse immerhin kurzfristig korrigiert. Zum Verlust trägt auch bei, dass in

vielen Schulformen der Sekundarstufe I, nicht nur in Gesamtschulen, das Fach nicht mehr selbstständig unterrichtet, sondern in ein Integrationsfach „Gesellschaftskunde“ integriert worden ist. Auch ein ausgebildeter Geografie- oder Sozialkundelehrer darf dort fachfremd schwierige Themen aus der Geschichte unterrichten. Für den historischen Anteil

bedeutet dies meist einen quantitativen und qualitativen Verlust.

Bis zur gymnasialen Oberstufe lernen daher viele Kinder das Fach nicht richtig kennen oder gar schätzen. Als Prüfungsfach im Abitur erleidet Geschichte zusätzlich einen Rückgang, weil es kein obligatorisches Hauptfach oder wählbares Leistungsfach mehr ist und ein wachsender Teil der Absolventen nur zwei bis drei Wochenstunden im Fach Geschichte unterrichtet werden. In den letzten Jahren wurden Fächer wie Deutsch, Englisch oder die MINT-Fächer gestärkt – in Bereichen also, in denen die deutsche Bildungspolitik seit dem PISA-Schock Defizite abzubauen versucht. Für diese Fächer wurden in der Kultusministerkonferenz bundesweite verbindliche Bildungsstandards beschlossen, für die gesellschaftswissenschaftlichen Fächer jedoch nicht – vermutlich auch deshalb, weil für diese nicht ohne Weiteres ein parteipolitischer Konsens herzustellen ist. Der Streit etwa um die Einschätzung der DDR-Geschichte ist höchst lebendig.

Die Lehrpläne des Faches unterliegen der Aufgabe, in ihren Schwerpunkten immer wieder neu justiert zu werden. Wenn der Unterricht zum Verständnis der Zeitgeschichte beitragen soll, sind regelmäßig steuernde Eingriffe im Licht relevanter jüngerer Entwicklungen unvermeidlich, auch Kürzungen bei Themen, die weniger bedeutend geworden sind. Heute sind die

arabische Welt und Ostasien wichtiger geworden als zur Zeit des Kalten Krieges, religiöse oder wirtschaftliche Konflikte haben vielfach ideologische Kämpfe auf der Basis des Marxismus verdrängt. Insofern benötigen junge Menschen heute ein anderes historisch-politisches Hintergrundwissen.

Der Geschichtsunterricht würde aber nicht gut daran tun, nur dem Aktuellen hinterherzulaufen. Seine Basis sollte immer die Befassung mit den Grundlagen der eigenen Kultur bis in die Antike, das Mittelalter und die Reformationszeit sein.

In einer Epoche wachsender globaler Migration und zunehmender Heterogenität in den Gesellschaften nimmt der Geschichtsunterricht eine Schlüsselrolle in der Bildung ein: Die Schülerinnen und Schüler begreifen, in welchen Kontinuitäten und Veränderungsschüben sich Staaten und Gesellschaften entwickelt haben, und nehmen in ihren Einstellungen zur politischen, sozialen und kulturellen Gegenwart darauf Bezug. Ohne dies gibt es kein vernünftiges politisches Handeln.

Ulrich Bongertmann

Geboren 1958 in Haltern, Bundesvorsitzender des Verbandes der Geschichtslehrer Deutschlands e.V., Redakteur der Zeitschrift „geschichte für heute“.

Studie des Autors: *Zeitgeschichtliche Bildung in der Schule (www.kas.de/wf/doc/kas_49362-544-1-30.pdf?170628090016)*